

Pressemitteilung vom 27. November 2009

Über Völkerrechtsverletzungen reden

Friedensbewegung protestiert anlässlich israelisch-deutscher Kabinettsitzung am Montag, 30. November in Berlin

Wenn sich am Montag Teile der israelischen Regierung mit Teilen der deutschen Regierung treffen, muss auch über die Völkerrechtsverletzungen der israelischen Militärbesatzung geredet werden. Das fordert der "Deutsche Koordinationskreis Palästina Israel – für ein Ende der Besatzung und einen gerechten Frieden". Mit einer Mahnwache protestieren die Friedens- und Solidaritätsgruppen, darunter die Jüdische Stimme für gerechten Frieden, die Palästinensische Gemeinde Deutschland, die katholische Friedensbewegung pax christi, IPPNW - Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung gegen die Besatzungs-, Siedlungs- und Kriegspolitik der israelischen Regierung und gegen die Kollektivstrafe Blockade des Gazastreifen.

Zehn Monate nach dem Überfall auf Gaza müssen die Kriegsverbrechen beider Seiten, die im Bericht des UN-Ermittlers Goldstone dargestellt sind, aufgearbeitet werden, heißt es von Seiten des Koordinationskreises. Nur so kann für einen möglichen Neustart eines Friedensprozesses Vertrauen aufgebaut werden. Bisher lehnt die israelische Regierung jegliche Untersuchung ab. Unterstützt wird sie dabei von der Bundesregierung, die im UN-Bericht und nicht in den Kriegsverbrechen ein Friedenshindernis sieht. Stillschweigend dulde sie auch die unablässigen Armee-Übergriffe auf palästinensische Dörfer wie Bilin bei Ramallah, die gewaltfreien Widerstand gegen die Besatzung leiste.

Insbesondere kritisiert der Koordinationskreis die angestrebte stärkere deutsch-israelische Rüstungskoooperation. Damit exportiere Deutschland Waffen in ein Kriegs- und Krisengebiet. Die von Deutschland gelieferten U-Boote können Atomraketen abschießen. Die deutsche Regierung und die Bundeskanzlerin helfen damit, einen weiteren Krieg im Nahen Osten und einen israelischen Krieg gegen Iran vorzubereiten.

Protestkundgebung, 30.11.2009, 10:00 bis 13:00 Uhr

Südlich vom Bundeskanzleramt – Wiese zwischen Paul-Löbe-Allee und Heinrich-von-Gagern-Straße (westliche Verlängerung des Platzes der Republik)

U- und S-Bahnhof Brandenburger Tor, Bus 100

Unterstützer/innen: AK Nahost Berlin, attac Deutschland- AG Globalisierung und Krieg, attac Hamburg- AG Palästina, Bonner Nakba60-Gruppe, Christmann, Norbert (Kaiserslautern), das palästina portal, Deutscher Friedensrat e.V., Deutscher Koordinationskreis Palästina Israel – für ein Ende der Besatzung und einen gerechten Frieden (KoPI), Deutsch-Palästinensischer Frauenverein e.V. (DPFV), Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. (DPG), Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW), ISM-Germany, Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V. – EJJP Deutschland, Nahostkommission von Pax Christi, Nahost-Komitee in der Berliner Friedenskoordination (Friko), Palästinensische Gemeinde Deutschland, Palästina heute: Renate Dörfel-Kelletat und Frank Dörfel, Palästina Initiative Region Hannover, Projekt Freundschaft. Münsteraner Arbeitskreis für Frieden in Palästina und Israel, Schmidt, Karl (Stuttgart), Schreiner, Jörg (Weisenheim)

Kontakt: Hilu Barth, pax christi-Nahostkommission 06142 79 77 56 oder 0175 164 0577 Email: hilu.barth@t-online.de